



Aktualisiert: 14.01.2020

## Der Groko-Tracker

### Stärkung der Rechte und des Rechtsstaats!

Der Rechtsstaat ist die Grundlage für eine gerechte und demokratische Gesellschaft, die in Freiheit und Sicherheit leben will.

- **Musterfeststellungsklage**

Zum **1. November 2018** ist die Eine-für-alle-Klage in Kraft getreten. Sie ist ein echter Meilenstein im Verbraucherschutzrecht. Denn mit dieser neuen Musterfeststellungsklage hat die SPD erreicht, dass Verbraucherinnen und Verbraucher ihr Recht gegenüber Konzernen einfacher und kostengünstiger vor Gericht durchsetzen können.

Die Eine-für-alle-Klage wurde rechtzeitig vom Parlament verabschiedet, auch, um getäuschten Autokäufern im Diesel-Skandal zu ihrem Recht zu verhelfen!

- **Stärkung des Rechtsstaats**

Die Koalition hat für einen neuen Zivilsenat beim Bundesgerichtshof in Karlsruhe und einen neuen Strafsenat beim Bundesgerichtshof in Leipzig insgesamt 24 zusätzliche Stellen geschaffen, weitere 35 neue Stellen werden beim Generalbundesanwalt angesiedelt. Insgesamt soll es bei Bund und Bundesländern in der laufenden Wahlperiode 2.000 neue Stellen für Richterinnen und Richter, Staatsanwältinnen und Staatsanwälte sowie das Folgepersonal geben.

Mit dem **Haushalt 2019** wurden außerdem mehr als 3.000 neue Stellen für die Bundespolizei, das Bundeskriminalamt, den Zoll und weitere Sicherheitsbehörden beschlossen. Damit erhält allein die Bundespolizei in nur zwei Jahren insgesamt mehr als 5.000 zusätzliche Stellen. Das stärkt die Sicherheit und das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger.

**Für die SPD ist klar: Einen schwachen Staat können sich nur Reiche leisten.**

- **Inklusives Wahlrecht für alle**

Der Wahlrechtsausschluss von voll betreuten Bürgern wurde abgeschafft.

**in Kraft seit 16.5.2019**

- **Paketboten-Schutz-Gesetz**

Die Bundesregierung hat das Paketboten-Schutz-Gesetz beschlossen. Damit wird die Nachunternehmerhaftung für die Paketbranche eingeführt.

### Für gute Arbeit und fairen Wettbewerb!

Mit steigendem Onlinehandel wächst die Paketbranche. Paketdienstleister vergeben deshalb mehr und mehr Aufträge an Subunternehmen. Für die Beschäftigten ist dabei wichtig, dass auch dort anständige Arbeitsbedingungen herrschen und die soziale Absicherung stimmt!



Aktualisiert: 14.01.2020

Das stellen wir sicher: Mit dem Paketboten-Schutz-Gesetz stärken wir diejenigen, die uns jährlich bei Wind und Wetter 3,5 Milliarden Pakete zustellen und schaffen gleichzeitig für die verantwortungsvollen Unternehmen fairen Wettbewerb. Damit geben wir eine klare Antwort auf den Wandel der Arbeitswelt in der Paketbranche.

Siehe hierzu auch die Web-Seite des Bundesministeriums für Arbeit & Soziales:

<https://www.bmas.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2019/paketboten-schutz-gesetz.html>

Das Gesetz ist seit **Mitte November 2019** in Kraft. **Damit galt es bereits für das vergangene Weihnachtsgeschäft!**

- **Maßnahmenpaket gegen Rechtsextremismus und Hasskriminalität beschlossen**

SPD-Bundesjustizministerin Christine Lambrecht hat dem Bundeskabinett dieses Maßnahmenpaket vorgelegt. Es wurde am **30. Oktober 2019** von der Bundesregierung beschlossen!

#### Inhalte in Kurzform:

- Hasskriminalität (z.B. Volksverhetzung, Morddrohungen, verfassungsfeindliche Straftaten) sollen zukünftig von Internetanbietern an das Bundeskriminalamt gemeldet werden, das diese Straftaten weiterverfolgt.
- Das Strafgesetzbuch soll um Regelungen zur Hasskriminalität erweitert und ergänzt werden.
- Der Schutz von Kommunalpolitiker/-innen soll verstärkt werden.
- Das Melderecht soll verändert werden, um den Schutz von Personen zu gewährleisten, die von Gewalt bedroht sind.
- Das Waffenrecht soll verschärft werden. Die Mitgliedschaft in einer verfassungsfeindlichen Vereinigung führt dann zu einer waffenrechtlichen Unzuverlässigkeit.
- Die Bearbeitung von Rechtsextremismusfällen soll im Verfassungsschutz intensiviert, der Austausch mit der Polizei verstärkt werden.
- Der Schutz des medizinischen Personals soll erweitert werden.
- Die Präventionsarbeit für die Themen soll verstärkt werden.
- Die Ausstattung der beteiligten Sicherheits- und Strafverfolgungsbehörden zur Durchsetzung dieser Maßnahmen soll verbessert werden.

Der genaue Inhalt des Paketes ist auf den Webseiten des Bundesministeriums für Justiz nachzulesen:

[https://www.bmjv.de/SharedDocs/Artikel/DE/2019/103019\\_Maßnahmenpaket\\_Kabinett.html](https://www.bmjv.de/SharedDocs/Artikel/DE/2019/103019_Maßnahmenpaket_Kabinett.html)

Zur Realisierung müssen eine Reihe von Gesetzen und Regelungen angepasst werden, z. B. **Netzwerkdurchsetzungsgesetz, Strafgesetzbuch, Strafprozessordnung, Waffengesetze...**



Aktualisiert: 14.01.2020

- **Anti-Gaffer- und Anti-„Upskirting“-Gesetz ist auf dem Weg**

Das Gesetz zur Verbesserung des Persönlichkeitsschutzes bei Bildaufnahmen wurde am **13. November 2019** beschlossen und ist auf dem Weg.

Bildaufnahmen verletzter oder toter Personen, die von Gaffern erstellt werden und dann oft im Internet oder in anderen Medien verbreitet werden, verletzen die Würde der betroffenen Menschen. Dies ist in Zukunft strafbar!

Das Gleiche gilt für das sogenannte „Upskirting“, bei dem heimlich Bildaufnahmen z. B. „unter dem Rock“ bei nichtsahnenden Personen erstellt werden.